

Gedanken zur EU-Verfassungsdebatte

von Martin Rocholl
(martin.rocholl@web.de)
Mai 2007

In der Debatte um die neue EU-Verfassung hatten sich weite Teile der Umweltbewegung sowie auch die Grünen positiv oder neutral positioniert, während große Teile der sozialen Organisationen und Bewegungen den Verfassungsentwurf abgelehnt haben.

Dies erklärt sich aus ganz unterschiedlichen Erfahrungen mit der Europäischen Union: **Im Umweltbereich ist die EU eine (wenn auch noch äußerst unvollständige) Erfolgsstory.** Nach der Öffnung der Märkte ist es gelungen, EU-weite Umweltstandards festzulegen und durchzusetzen. Dadurch konnte ein Umweltdumping in der EU verhindert und ein hohes Maß an Umweltqualität umgesetzt werden. Wichtigste Voraussetzung dafür war, dass Entscheidungen im Umweltbereich nicht mehr mit Einstimmigkeit sondern mit qualifizierter Mehrheit zwischen Umweltministerrat und dem Europäischen Parlament getroffen werden.

Die positive Einstellung zum EU-Verfassungsentwurf begründet sich auf dieser Erfahrung. Für weitere Schritte für die Umwelt in einer EU mit 27 Mitgliedern braucht es eine gestärkte, handlungsfähigere und demokratischere EU. Der vorliegenden Verfassungsentwurf erzielt in diesen Bereichen einige wichtige Fortschritte. Eine Ablehnung würde zur Schwächung der EU - und damit auch der Umweltpolitik in der EU und der Welt - führen.

Ganz anders sieht dies im sozialen Bereich aus. Bislang ist es nicht gelungen, europaweite Mindeststandards zu setzen. Der freie Waren- und Kapitalverkehr in der EU erlaubt es daher Unternehmen, die Staaten und Arbeitnehmer in der EU gegeneinander auszuspielen. Als Gegenleistung für Investitionen der Unternehmen werden immer geringere Sozialstandards und Unternehmenssteuern in dem jeweiligen Mitgliedsland gefordert und bereits durchgesetzt. Die sich daraus ergebende zunehmende soziale Unsicherheit ist eine der Hauptgründe für die sich rasant verbreitende EU-Skepsis in der Bevölkerung nahezu aller Mitgliedsstaaten.

Hauptgrund für die Unfähigkeit der EU, Mindeststeuern und Mindestsozialstandards zu setzen, liegt darin, dass in diesem Bereich noch weitestgehend das Einstimmigkeitsprinzip vorherrscht (d.h. das Veto eines einzigen Mitgliedslandes kann jeden Fortschritt stoppen).

Überträgt man die Erfahrungen der Umweltbewegung auf den sozialen Bereich, ergibt sich daraus eine zentrale Forderung: das Einstimmigkeitsprinzip muss fallen. **Eine neuer Verfassungsvertrag muss die EU in die Lage versetzen, in einem demokratischen Verfahren zwischen Ministerrat und Parlament mit qualifizierter Mehrheit soziale Mindeststandards und Mindeststeuersätze zu setzen** (und dafür die notwendigen Kompetenzen in der EU schaffen). Dabei könnten sich diese Standards an der Wirtschaftskraft des Landes orientieren, müssten aber mit einer Steigerung der Wirtschaftskraft kontinuierlich mit ansteigen.

Eine solche Forderung würde die progressiven und Europa-freundlichen ehemaligen Verfassungs-Gegner und Befürworter wieder zusammen bringen und ihre Kräfte für weitere Fortschritte hin zu einem ökologischen und sozialen Europa bündeln.